

**Frau Förtsch (PDS):**

Herr Abgeordneter, Sie haben sich gegen dirigistische Maßnahmen ausgesprochen. Die Ansicht teile ich mit Ihnen. Teilen Sie mit mir auch die Meinung, daß trotzdem grundlegende Entscheidungen der Regierung notwendig sind, um das Funktionieren des Handels zu sichern? Teilen Sie die Meinung mit mir, daß ein Zusammenhang besteht zwischen teilweise vorhandenen Fehlentscheidungen von Leitern und fehlenden Entscheidungen der Regierung? Ich denke z. B. an die fehlende Entscheidung über die Umbewertung von Waren nach dem 2.7. und die Tendenz unserer Leiter, die Lager zu räumen.

**Bischoff (SPD):**

Keine dirigistischen Entscheidungen der Regierung; es sind Maßnahmen zu erwarten, die den Dirigismus aufheben, und Sie haben in Ihren Unterlagen zur Beschlußfassung vorliegen, daß es ermöglicht werden soll, daß die Einzelerzeuger direkt zum Verbraucher liefern können.

Können Sie ihre zweite Frage noch einmal wiederholen?

**Frau Förtsch (PDS):**

Würden Sie mir zustimmen, daß ein Zusammenhang zwischen fehlenden Entscheidungen der Regierung, also z. B. zur Umbewertung von Waren nach dem 2.7., und Entscheidungen oder, besser gesagt, Fehlentscheidungen von Leitern in Handelseinrichtungen besteht?

**Bischoff (SPD):**

Es fehlen nicht die Entscheidungen der Regierung, sondern es fehlt die innere Einstellung zu einer gesunden Marktwirtschaft. In dem Punkt höchstens sind Entscheidungen im Sinne von Schulung weiter zu forcieren.

(Schwacher Beifall)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:**

Danke schön. Als nächster spricht für die Fraktion der DSU der Abgeordnete Dorendorf.

**Dr. Dorendorf, Ausschuß für Handel und Tourismus:**

Herr Präsident! Ich darf korrigieren: Ich spreche nicht für die DSU. Ich bin Mitglied der Fraktion CDU/DA. Wir haben aber diesen Diskussionsbeitrag oder diese Worte von der DSU zur Verfügung gestellt bekommen, und ich spreche hier für den Ausschuß Handel und Tourismus. Wir sind der DSU sehr dankbar, daß sie uns diese Möglichkeit eingeräumt hat, hier unsere Gedanken, die wir im Ausschuß tragen, darlegen zu dürfen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Marktwirtschaft ist nicht alleinig durch freie Preisbildung gekennzeichnet, sondern durch Angebot und Nachfrage und vor allem durch den Wettbewerb verschiedener gleichartiger Unternehmer um die Gunst der Käufer.

(Schwacher Beifall)

Dieser Wettbewerb zwingt die Betriebe, preisgünstig und qualitätsgerecht zu produzieren. Wenn allerdings der Wettbewerb verzerrt ist, wenn es Monopole und Kartelle gibt, dann ist das freie Wechselspiel der Kräfte nicht gewährleistet, und dann können Preisdiktate, Qualitätsverluste und anderes auftreten und stets zu Lasten der Verbraucher.

Und wenn in der Kette vom Erzeuger bis zum Käufer von Produkten in einer Ebene eine Wettbewerbsverzerrung auftritt,

dann, ja dann kann ein ganzes Wirtschaftssystem zusammenbrechen und eine beträchtliche Geldentwertung bis hin zur Inflation eintreten, jawohl, es kann sogar eine ganz beträchtliche Wirtschaftskrise eintreten.

Und eine solche Situation haben wir in der DDR. Während Industriebetriebe und die Landwirtschaft unseres Landes sich mehr oder weniger erfolgreich anstrengen, sich einer gesunden Konkurrenz zu unterwerfen, haben wir im Handel eine Monopolstellung, die ganz schlimme Auswirkungen und noch schlimmere haben kann.

(Beifall vorwiegend bei CDU/DA)

In der Industrie ist der Wettbewerb zwischen den Betrieben nicht auf ein Territorium begrenzt, sondern kann zumindest in einem Großraum raumübergreifend sein, da die produzierte Ware von der Industrie in den Handel geliefert wird. Im Handel allerdings ist die Sache so, daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Waren den Kunden nicht in das Haus gebracht wird, sondern der Handel bietet die Ware in seinen Geschäften und Warenhäusern an.

Wenn nun in einem Territorium nur ein oder zwei Handelsunternehmen existieren, dann besteht die akute Gefahr, daß diese Unternehmen Kartelle bilden, also Preisabsprachen vornehmen oder auch ausschließlich Produkte von ihnen liebsamen oder auch liebsam - sagen wir durch entsprechende Mittelchen - gemachten Betrieben anbieten.

Bei einer solchen Handelsstruktur kann der Käufer über Ohr gehauen werden oder es können auch systematisch bestimmte Industriebetriebe bzw. landwirtschaftliche Betriebe kaputt gemacht werden, und dahinter stehen dann wieder Tausende von Menschen, die arbeitslos werden.

Meine Damen und Herren! Eine solche furchtbare Struktur haben wir in der DDR. Glaubt man denn wirklich, wenn sich die bisherigen Alleinherrscher HO und Konsum in Kapitalgesellschaften umwandeln, dann haben wir die Marktwirtschaft?

(Beifall der Koalition)

Wie sieht es in der Praxis aus? Wollen wir doch ehrlich sein. Man bildet schnell eine GmbH und die sind schon gebildet, die sollen nicht erst. Man kooperiert mit einem Westunternehmen und: Hurra! Wir haben die Marktwirtschaft und das Monopol in den einzelnen Territorien einschließlich der gewaltigen Standortvorteile. Ein paar unliebsame Objekte werden abgestoßen, und da sagen wir, na ja, das ist Reprivatisierung und Entflechtung. Da wird abgestoßen, und der ehemalige Direktor und der ehemalige Parteisekretär werden Geschäftsführer und das frühere Ratsmitglied Handel und Versorgung wird Beauftragter der Treuhandanstalt.

(Beifall der Koalition)

Und schon läuft der Laden. Mal sehen, welche Unternehmen der Leitung die besten Angebote machen, und danach werden dann auch die Waren verkauft.

Meine Damen und Herren! Das, was ich hier sage - ich weiß, wovon ich spreche -, das können wir im Ausschuß alles beweisen. Das, was hier einige Kommunisten machen, das ist Manchesterkapitalismus übelster Prägung und keine soziale Marktwirtschaft. Das widerspricht EG-rechtlichen Bestimmungen.

Der Handel wird, durch Kommunisten beherrscht, die schalten und walten können, wie sie wollen, und wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Sicherung persönlicher Macht, auch Habgier, vor verantwortungsvollem Handeln dieser Kommunisten steht und dann noch mit fachlichem Unvermögen gepaart ist.

Die Auffassung des Ausschusses Handel und Tourismus ist, daß die Handlungsweise vieler dieser Kommunisten Ursache für die unliebsamen Erscheinungen im Handel ist und ein ge-